

Niederschrift

der 08. Sitzung des Bildungs-, Sozial- und Kulturausschusses der Gemeinde Am Mellensee am Dienstag, den 15.09.2020 im Sitzungssaal der Gemeindeverwaltung, Zossener Straße 21c, 15838 Am Mellensee / OT Klausdorf

Öffentlicher Teil:

Beginn: 19:00 Uhr **Ende:** 21:35 Uhr

Anwesend:

Fraktion UWG

Herr D. Pehnert
Frau A. Schuster

Fraktion DIE LINKE

Herr T. Janke

Fraktion CDU

Herr A. Thiele

Fraktion SPD

Herr I. Koch

Sachkundige Einwohner

Frau J. Vogel

Entschuldigt:

Sachkundige Einwohner

Herr V. Eilenberger
Frau M. Klaus

Gemeindevertreter:

Herr Th. Kosicki

Verwaltung:

Frau Richter - Teamleiterin I
Frau v. d. Sande - Multiplikatorin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -
4. Einwendungen zur Niederschrift der 7. Sitzung
5. Einwohnerfragestunde
6. Aktueller Stand Digital-Pakt und Breitbandanschluss an den Schulen der Gemeinde
7. Informationen aktuelle Kitaplatzsituation in der Gemeinde
8. Aktueller Stand zur Kita-Hort Kombi Mellensee und zur Übergangs Kita Rehagen
9. MV - Kalkulation der Elternbeiträge und Verpflegungsentgelte für die Einrichtungen Kita und Hort der Gemeinde Am Mellensee
10. Berichterstattung über die Diskussionen und der Entscheidungsfindung des Schließzeitengremiums
11. Diskussion über den neuen Entwurf zur neuen Kitasatzung
12. Titelblattgestaltung Amtsblatt ab 2021
13. Aktueller Stand neuer Online Kalender und Homepage der Gemeinde Am Mellensee
14. Ergebnisse der Ausarbeitung Verwaltung/Bibliothek – Abschaffung der Defizite aus dem Jahresbericht 2019
15. Diskussion zur neuen Geschäftsordnung

16. Aktueller Stand Beschattungsanlage und Raumplanung für das Schuljahr 2021/2022 der Schule Sperenberg
17. Aktueller Stand Interessenbekundungsverfahren neue Betreiber für die Strandbäder Klausdorf und Mellensee
18. Protokollkontrolle
19. Sonstiges

Zu 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Pehnert, Vorsitzender des Ausschusses, begrüßt die Ausschussmitglieder und die Gäste und eröffnet die Sitzung.

Zu 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Pehnert stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung

Herr Pehnert stellte den Antrag, den TOP 12 Titelblattgestaltung Amtsblatt ab 2021 von der Tagesordnung zu nehmen.

Die Mitglieder stimmten einstimmig dafür.

Zu 4. Einwendungen zur Niederschrift der 7. Sitzung

Es gab keine Einwendungen zur Niederschrift.

Zu 5. Einwohnerfragestunde

Frau Thinius (OT Sperenberg) erkundigte sich, ob man die Einwohnerfragestunde teilen kann bzw. nach der Abarbeitung der Tagesordnung legen kann.

Herr Pehnert erklärt, das wäre auch in seinem Sinne, dies müsste aber noch abschließend geklärt werden und wäre über die Einwohnerbeteiligungssatzung zu regeln.

Herr Bochert (OT Sperenberg) wollte gern erfahren, was die Mitglieder des BSK-Ausschusses zu seinem Vorschlag zur Einführung einer Sommer Kita sagen.

Dieser wurden den Mitgliedern übergeben.

Herr Koch wollte gern von Herrn Borchert wissen, welchen Unterschied es zwischen der jetzigen Lösung und seinem Vorschlag gibt.

Herr Borchert stelle seinen Vorschlag vor.

Frau Schuster brachte zum Ausdruck, dass die Kinder einen Rechtsanspruch auf Betreuung haben und sie es nicht versteht, warum der Bedarf zur Betreuung in eine Sommer Kita noch einmal dargelegt werden sollte.

Herr Gottlob (OT Sperenberg) erläuterte, dass er die Bedürfnisse der Eltern kennt, und dass man in den stattgefundenen Gremien den Eindruck hatte, dass die Variante, in der zweiten und dritten Ferienwoche Schließzeiten einzuführen, schon feststeht. Diese Schließzeiten wären dann aber ein Rückschritt. Die Mitglieder sollten eine andere Lösung finden, wie die in dem Schließzeitengremium erarbeitete.

Herr Janke, wollte noch mal wissen, wenn Schließzeiten sind und die Eltern keinen Urlaub haben, ob sie dann eine Betreuung für ihr Kinder bekommen könnten.

Antwort Frau v.d. Sande: Es gibt eine Ausweichbetreuung für die Kinder, die in der Zeit nicht in Urlaub gehen können. Es erfolgt nur eine Bestätigung des Arbeitgebers, dass der Urlaub der Eltern in einem anderen Zeitraum, als in der Schließzeit liegt. Eltern können ihren Urlaub somit frei planen und könnten die Ausweichbetreuung nutzen. In den Schließzeiten könnten aber mehr Erzieher in den Urlaub gehen, um in den anderen Zeiten personell besser aufgestellt zu sein und ein für Eltern verlässliches Betreuungsangebot zu gewährleisten.

Frau Thinius (OT Sperenberg) erkundigte sich über den Stand der Instandsetzung der Brücke über den Wiesenweg im OT Sperenberg.
Herr Pehnert übergab Herrn Kosicki das Wort.

Antwort von Herrn Kosicki: Bedauerlicher Weise sind im Haushalt 2020/2021 keine finanziellen Mittel eingestellt. Es liegt ein Kostenangebot von 30.000,00 € bis 40.000,00 € in der Verwaltung vor.

Zurzeit werden Gespräche mit dem Wasser- und Bodenverband geführt, ob es hier auch eine günstigere Möglichkeit gibt, denn der Verband hat mit geringeren Mitteln zwei Brücken im Ortsteil instandgesetzt.

Zu 6. Aktueller Stand Digital-Pakt und Breitbandanschluss an den Schulen der Gemeinde

Frau Richter übergab den Bearbeitungsstand zum Stand Digital-Paket an den Schulen bis zur 37. KW. Diese Auswertung der Ortsbegehung ist noch nicht erfolgt. Der Förderantrag nach der Richtlinie Ausstattungsprogramm für schulgebundene mobile Endgeräte für Schüler und Schülerinnen, die vom Eigenanteil nach der Lernmittelverordnung befreit sind, wurde auch gestellt. Eine Entscheidung steht noch aus.

Herr Pehnert berichtet, dass die Stadt Zossen jetzt auch dem Beschluss zum Ausbau des Breitbandes zugestimmt hat und der Landkreis jetzt in der Lage ist, die Aufträge zu vergeben. Frau Richter teilte mit, dass der aktuellste Stand den Bürgermeistern am 18.09.2020 auf einer gemeinsamen Beratung mit der Landrätin bekannt gegeben wird.

Zu 7. Informationen aktueller Kitaplätze

Frau Richter übergab die monatliche Aufstellung. Ab November sind alle Plätze belegt.

Herr Pehnert merkt an, dass es dann 44 Kinder bis August sind, die keinen Kitaplatz bekommen werden bzw. bis zur Eröffnung der Übergangs Kita (Kapazität 30 Plätze). Die Zahl wird sich jedoch noch erhöhen, da bis August auch noch mit Zuzug zu rechnen ist.

Herr Pehnert fragt, was mit Kindern passiert, die vor November noch in der Gemeinde zuziehen und angemeldet werden würden.

Frau Richter antwortet, dass für diese kein Platz zur Verfügung stehen wird, da alle Plätze bereits vergeben/zugesprochen sind.

Herr Pehnert regte an, das Leitkonzept in Punkt – Kitaplätze sind vorhanden - zu streichen bzw. anzupassen, da keine Plätze mehr vorhanden sind.

Frau Richter brachte zum Ausdruck, dieses Leitkonzept ist von der Gemeindevertretung beschlossen worden und die Verwaltung kann diese nicht einfach ändern.

Herr Pehnert regt an, dann wenigstens bei den Ausschreibungen von Kommunalen Grundstücken den Passus „es gibt ausreichend Kitaplätze in der Gemeinde“ zu streichen.



Zu 8. Aktueller Stand zur Kita-Hort Kombi Mellensee und zur Übergangs Kita Rehagen

Frau Richter gab einen Sachstand der Aktivitäten:

Stand Kita-Hort Mellensee

- Es wurde eine Baugrunderkundung durchgeführt,
- bis 09.09.2020 Abgabe der finalen Angebote für Interessenten,
- Auswertung dieser Angebote bis zur 38. KW durch das beauftragte Büro,
- anschließend Vorstellung der Ergebnisse, am 17.09.2020 ist ein Treffen der AG,
- am 28.09.2020 soll es in den Finanzausschuss,
- 19.10.2020 BSV in die GV. Es muss eine BSV geschrieben werden für die Vergabe.

Stand Übergangs Kita Rehagen

- Fördermittelantrag wurde an ILB versandt. LK steht der Umwidmung positiv gegenüber.
- in Zusammenarbeit mit einer Firma für mobiles Raumsystem – Grundrissvorschlag,
- Schulamts – Einsicht und Abstimmung des Vorschlages mit Landesjugendamt bis 04.08.2020.
- Vorabanfragen – wegen der Raumplanung beim MBS
Gesundheitsamt - Hygiene
Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung
- Grundlage zur weiteren Bearbeitung
- Architekt für Standortanpassung wird gesucht (Ausschreibung bis 04.09.2020) und dann beauftragt.
- Bewirkung einer Baugenehmigung,
- Ausschreibung der Bauleistung.

Zu 9. MV - Kalkulation der Elternbeiträge und Verpflegungsentgelte für die Einrichtungen Kita und Hort der Gemeinde Am Mellensee

Herr Pehnert hatte folgende Anfragen:

Seite 4

Unsere Kindergärten reichen seit zwei Jahren nicht aus, und wir befinden uns immer am oberen Limit der Kinderzahlen nach Betriebserlaubnis. Die Berechnung wird jedoch nur mit 269 anstelle der 285 Kinder gemacht. Das ist eine Differenz von 17 Kindern. Bei Annahme von ca. 375 Euro Mittelwert aus der Kalkulation macht das eine Summe von 76.500 Euro zu Ungunsten der Eltern in der Kalkulation aus.

Warum wird hier nicht mit der Zahl von 285 Kindern gerechnet?

Oder sind unsere Kindergärten doch nicht ausgelastet?

Antwort:

- Die angesetzten Kosten sind basierend auf den Zeitraum von 2014 - 2018. Daher und da die Kinderanzahl stetig steigend ist, wurde auch die Kinderanzahl basierend auf den Kosten für diesen Zeitraum herangezogen. Die Prognoserechnung wurde anhand der "natürlichen Preissteigerung" durchgeführt. Würde sich die Kinderanzahl erhöhen, müssten sich auch die Personalkosten entsprechend der veränderten Kinderanzahl, neben der natürlichen Preissteigerung, erhöhen.
- Eine Kalkulation basierend auf den tatsächlichen Kosten für das Jahr 2019 wurde nicht durchgeführt.



Seite 7

„Je länger ein Kind am Tag betreut wird, umso höher muss der Elternbeitrag ausfallen. Deshalb werden die anteiligen Kosten in Abhängigkeit der Betreuungsdauer berechnet.“ Das ist sicher verständlich, sollte doch aber nicht für alle Kosten gelten.

Beispiel: Die Mitarbeiter der Verwaltung haben pro Kind die gleiche Arbeit mit Abrechnungen/ Bescheiden, egal wie lange es betreut wird. Gleiches gilt mit Sicherheit für eine lange Liste anderer Kosten.

Lediglich die Kosten für die pädagogische Betreuung sind direkt proportional zur Betreuungszeit. Warum wurde dieses Model so pauschal gewählt?

Antwort:

- Die Verwaltung hat sich für diese Berechnungsvariante entschieden. Die Variante, dass sich nur die Personalkosten linear verteilen und die übrigen Kostenpositionen als Fixkosten-Block betrachtet werden, ist auch möglich. Ein Urteil hierzu ist nicht bekannt. Die von der Verwaltung gewählte Variante stellt eine verursachungsgerechte Kostenzuordnung im Kalkulationsergebnis dar.

Seite 12

Warum waren die Personalkosten 2017 ca. 220.000 Euro höher als 2016/2018/2019? Das entspricht ca. 6 Vollzeitstellen.

Antwort:

- Dass aufgrund des veränderten Personalschlüssels eine andere Aufteilung der Personalkosten in NPP und ZPP erfolgte. Es sind tatsächlich angelaufene Kosten.

Seite 12 + 13

Zu den Gemeinkosten zählen laut KGST auch die Kosten eines Büroarbeitsplatzes.

Warum werden diese Kosten trotz der Pauschalisierung der Gemeinkosten nochmal zusätzlich mit in die Kalkulation aufgenommen (Bürostuhl, Büroregale, Computer, Drucker, Akkuschauber ...).

Antwort:

- Bitte differenzieren zwischen Ausstattung der Kita und Sachkosten des Arbeitsplatzes SB-Verwaltung.

Seite 17 + 18

Hier stehen bei Kinderzahlen Eurobeträge in der Tabelle. Was bedeutet dies?

Antwort:

- Wenn der Verteilungsschlüssel gemeint ist, dann sollte berücksichtigt werden, dass die Kosten/Erträge und nicht die Kinder verteilt werden.

Seite 19

414200 Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden

1.435.268 Euro müssten dies nicht -1.435.268 Euro sein?

Im Haushaltsplan stehen an dieser Stelle 1,993 Mio. Euro??

Wenn dies ein Fehler in den Tabellen ist, wie wirkt er sich auf die gesamte weitere Berechnung aus?

432100 Benutzungsgebühren Kita

Muss das nicht Beiträge heißen? Gebühren gibt es laut KitaG nicht.

Antwort:

- Das – Zeichen steht über die Zahl???
- Wie es aus dem Bericht hervorgeht, wurde nicht mit Planzahlen gerechnet.
- Das KitaG spricht von Gebühren. Bitte im KitaG nachlesen.

Seite 27

Kinderzahlen Kita und Hort sind wieder mit Eurozahlen hinterlegt. Was bedeutet das?

Antwort:

- Wenn der Verteilungsschlüssel KA-K gemeint ist, verteilt die Kosten auf die Kostenstellen.

Seite 38

Bei einem Eigenanteil von - 0,17 für die Gemeinde kann doch kein positiver Aufwand entstehen?

Antwort:

- Bitte die Erläuterungen zu dieser Zahl im Fließtext lesen.

Seite 42

13_0148 SOPO Kitaumbau Klausdorf -246.152 €

Stehen mit Abschreibung 790 Jahre in der Tabelle – das ist doch sicher falsch?

In den Anschreibungen stehen 3.112 Euro, das kann bei einem negativen AHK eigentlich nicht sein.

Wenn dies ein Fehler ist, wie wirkt er sich auf das Gesamtergebnis aus?

Antwort:

- Übertragungsfehler aus Excel zu Word, in der Excel-Tabelle steht 79,0. In der Kalkulation wurde mit 79 Jahren gerechnet, wie es auch aus der Höhe der Abschreibungskosten hervorgeht. Die Jahreszahl wurde im Bericht aktualisiert, danke.

(Diese Antwort erfolgte nachträglich und nicht in der Sitzung)



Seite 49

ANL_17_0195 Geschirrspüler für 91 Euro??? Kann das stimmen?

Antwort:

- Das ist eine Anlage mit unterschiedlicher Investitionsnummer
- ANL_17_0195 91,00 €
- ANL_17_0196 119,00 €

Herr Janke bittet zu prüfen, warum die Betreuungsstunde im Hort mehr kostet wie im Kindergarten.

Zu 10. Berichterstattung über die Diskussionen und der Entscheidungsfindung des Schließzeitengremiums

Herr Pehnert begann den Werdegang zu erläutern und übergab Frau v.d. Sande das Wort. Sie nahm Stellung zur Arbeitsweise des Schließzeitengremiums bis zum heutigen Tage.

Herr Koch erläuterte, dass er mit der Auswertung des Pilotprojektes nicht klarkomme. Ist es nun gut gelaufen oder schlecht.

Herr Kosicki brachte zum Ausdruck, dass im päd. Personalkonzept alles enthalten ist – Urlaub, Krankheit, Schulungen usw. Er stellte die Frage, warum die Auswertung in allen Einrichtungen vorgenommen ist und nicht nur in den zwei Kitas, wo das Projekt durchgeführt wurde. Jetzt könnte man ein neues Projekt für alle starten und die Schließzeiten abschaffen. Der Einsatz des Personals kann besser abgesichert werden, denn alle sind bei der Gemeinde beschäftigt. Bedarfe sollten für die Weihnachtszeit und die Brückentage abgefragt werden, damit hier nicht alle Kitas nur mit 5 Kindern geöffnet werden.

Herr Thiele bat darum, Frau v. d. Sande die Sachlage erläutern zu lassen.

Frau v. d. Sande berichtete, dass bei dem letzten Projekt leider vergessen wurde, wesentliche Auswertungskriterien festzulegen. So wurden Bedarfe aller Parteien gesammelt und besprochen. Sie ging auch nochmal auf den schlechten Personalschlüssel im Land Brandenburg ein. Da sich die Urlaubszeit der Mitarbeiter über das ganze Jahr hinweg zieht, sind nie alle Mitarbeiter in der Einrichtung, und dies erschwert im erheblichen Maße die qualitative Weiterentwicklung. Dazu gehört u.a. die gemeinsame Erarbeitung von Konzepten bzw. gemeinsame Absprachen. Wenn es Schließzeiten geben würde, könnte das Personal gebündelt in den Urlaub gehen und stehe dann zur restlichen Zeit im Jahr vermehrt zur Verfügung.

Es sind an erster Stelle die Bedarfe der Kinder und die Erfüllung der Aufgaben nach §3 des KitaG in den Vordergrund zu stellen und nicht individuelle Bedürfnisse der Eltern.

Herr Koch brachte nochmals zum Ausdruck, dass er es gut findet, ein Pilotprojekt zu machen, es hindert uns doch keiner daran.

Antwort Frau v. d. Sande: Die Qualität der päd. Arbeit im Alltag und ein verlässliches Betreuungsangebot leidet darunter. Es ist jetzt mit Schließzeiten schon vorgekommen, dass Einrichtungen kurz vor der Schließung waren, weil kein Personal zur Verfügung stand. Man konnte meistens aus den Pilotkita's kein Personal zur Verstärkung der anderen Teams umsetzen, weil

sie die Betreuung in der eigenen Einrichtung absichern mussten. Bei Durchführung von Schließzeiten ist es besser möglich den Betreuungsbedarf untereinander abzudecken. Auch ein Teil der Erzieher wünschen sich Schließzeiten.

Frau Schuster findet die Idee mit der Umbenennung der Schließzeit in „Sommer Kita“ gut. Sie würde es begrüßen, wenn es auch für Brückentage und den Zeitraum zwischen Weihnachten und Neujahr eine Betreuung gibt. Denn es gibt genug Elternteile, die auch an diesen Tagen arbeiten müssen.

Frau van der Sande erklärt, dass dieser Rechtsanspruch zur Betreuung zwischen Weihnachten und Neujahr in der erarbeiteten Variante des Schließzeitengremiums ebenfalls berücksichtigt wurde.

Herr Janke würde das neue Projekt – keine Schließzeiten – begrüßen.

Herr Kosicki bedankte sich bei Frau v. d. Sande für die gute Arbeit bei der Vorbereitung der Entscheidung. Er unterstützt die Abschaffung der Schließzeiten. Die Eltern sollten trotzdem bis zu einem bestimmten Zeitraum ihre Urlaubplanung abgeben und den Bedarf zwischen den Feiertagen anmelden.

Frau v. d. Sande machte nochmals darauf aufmerksam, dass die Qualität in den Einrichtungen darunter leidet und die Erfüllung der Aufgaben nach Kita-Gesetz auch für den Träger, die Gemeinde Am Mellensee, bindend ist.

Frau Schuster merkte an, dass auch die Erzieher mit ins Boot genommen werden müssen.

Herr Pehnert beantragte das Rederecht für Frau Böhmert (Leiterin der Kita „Wirbelwind“ OT Sperenberg und Frau Wirtzins-Wolf, Leiterin der Kita „Storchennest“. Die Mitglieder stimmten einstimmig zu.

Frau Böhmert erläuterte, dass das Projekt in Ihrer Einrichtung gut funktioniert hat. Die Eltern haben den Urlaub planmäßig eingereicht. Natürlich gab es auch Ausnahmen. Das Team stand hinter diesem Projekt und man hat nur positive Erfahrungen gemacht.

Frau Wirtzins-Wolf teilte mit, dass es in ihrer Einrichtung es gar nicht funktioniert hat. Man rennt jetzt noch Eltern hinterher, die ihren Urlaub nicht bekannt geben. Es kann jeweils nur eine Mitarbeiterin in Urlaub gehen. Sie musste in ihrem Urlaub auf Abruf stehen, falls sie benötigt wird.

Die Mitglieder des Ausschusses betrachteten beide Varianten und stimmten darüber ab. Sie werden der Gemeindevertretung folgende Empfehlung geben.

- für die Variante – Abschaffung der Schließzeiten für alle Einrichtungen, trotzdem Abfrage der Urlaubsplanung bei den Eltern inkl. Optimierung/Zusammenlegung von Einrichtungen zu Zeiten an denen dies sinnvoll ist

3 Stimmen

- für die Variante – Kompromiss 2 Wochen Schließzeit bzw. Sommer Kita 2 Stimmen

Zu 11. Diskussion über den neuen Entwurf zur neuen Kitasatzung

Herr Janke bat um folgende Änderungen:

- § 2 - Aufnahme der Möglichkeit der Digitalen Anmeldung
- § 3 Abs. 5 - Bessere Definition – der 15tägigen Eingewöhnungszeit
z. B. Öffnungstage = Werktage
- § 5 Abs. 2a. – hier sieht er eine Verletzung des Kinderrechtes Inklusion

§ 10 – Einfügung des Absatzes – Kitaausschuss berät zu den Öffnungszeiten

§ 11 Abs. Fortbildungstage – Zusatz – wenn möglich sollten diese in der Jahresplanung mit einfließen.

Der weitere Inhalt des §11 kann erst nach dem Beschluss der Gemeindevertreter in der kommenden Sitzung diskutiert werden

Der Text sollte nochmal überarbeitet werden, denn es kann ja doch mal einen „Leiter“ geben.
(Text Gendergerecht gestaltet)

Zu 12. Titelblattgestaltung Amtsblatt ab 2021

- wurde von der Tagesordnung genommen.

Zu 13. Aktueller Stand neuer Online Kalender und Homepage der Gemeinde Am Mellensee

Frau Richter informierte über den Sachstand:

- nach Entwurf-Erstellung + Abstimmung mit dem Bürgermeister sowie anschließender Beteiligung des ausgewählten Personenkreises; Beauftragung am 24.08.2020 erfolgen.

-> Hintergrund war eine abzuändernde Auftragserteilung, da hier nicht nur eine „Überarbeitung“ der Homepage stattfindet, sondern auch die Mobil-Optimierung mit enthalten ist.

Diese Form der Homepage-Erstellung + Beauftragung stellt somit keine Einmalzahlung mehr dar, sondern ist mit ca. 12 €/Monat anzusetzen (aufgrund der Einbindung der für Mobilgeräte optimierten Ansicht).

- Rückmeldung (heutige E-Mail), dass die Beauftragung + die zugesandten Dateien angekommen sind und ca. 2 - 3 Wochen Bearbeitungszeit haben.
- Anschließend Feinabstimmungen vorzunehmen, um dann Live – die Umstellung online zu tätigen.

Zu 14. Ergebnisse der Ausarbeitung Verwaltung/Bibliothek – Abschaffung der Defizite aus dem Jahresbericht 2019

Herr Pehnert merkte an, dass den Mitgliedern ein Dokument vorliegt, das sich auch wie ein Bericht liest. Des Weiteren merkte er an, dass Mai 2020 auch Fördermittel für Bibliotheken möglich waren.

Herr Pehnert beantragt für Frau Ulbrich das Rederecht.

Frau Ulbricht teilte mit, dass sie sich darum gekümmert hat, diese aber gleich überzeichnet waren. Sie erläuterte, dass sie im Moment auch Medien aus der Kreisbibliothek im Bestand hat, die wieder zurückzugeben sind, weil alle Bibliotheken im Kreis darauf zugreifen.

Herr Pehnert merkt an, dass hier die immer noch nicht ausgeschriebene Fördermittelstelle in der Verwaltung von Vorteil gewesen wäre und somit 25.000 Euro nicht beantragt werden konnten.

Frau Richter berichtet, dass ein gemeinsamer Termin der Bibliothekarin stattgefunden hat. Die Gemeindevertretung muss sich entscheiden, was sie will. Es gibt Grundaufgaben einer Bibliothek und zusätzliche Aufgaben. Wenn man zusätzliche Aufgaben der Bibliothekarin wünscht, wird man Geld in die Hand nehmen müssen, um Personal einzustellen. Die heutigen Standards sind in den Aufzeichnungen dargelegt.

Die Mitglieder des BSK-Ausschusses möchten das Angebot der Bibliothek weiter auf diesem Niveau halten und verbessern. Sie übergeben den Sachverhalt dem FWT-Ausschuss zur Klärung der finanziellen Machbarkeit. **Verweis an FWT-Ausschuss**

Der Finanzausschuss, sollte auch Augenmerk auf die Besetzung der geforderten Fördermittelstelle legen, damit der Gemeinde nicht wieder Fördermittel entgehen, weil keiner weiß, dass es sie gibt. **Verweis an FWT-Ausschuss**

Zu 15. Diskussion zur neuen Geschäftsordnung

Herr Koch teilte mit, dass der Hauptausschuss die Geschäftsordnung ebenfalls auf der TO hatte. Es gab hier eine Veränderung in § 6 Abs. 1 – Im zweiten Satz sollen die Worte – und wenn möglich – gestrichen werden. Am Satzende soll es eine Ergänzung geben – und nachrichtlich an den Gemeindevertretervorsteher zu übersenden –.

Herr Janke bedanke sich für die Erarbeitung dieser Geschäftsordnung. Er hätte keine weiteren Zusätze.

Herr Pehnert schlug folgende Änderungen vor und stellte sie zur Diskussion.

§ 2 die Absätze 2 bis 3 sollten eine neue Fassung erhalten:

2) Der schriftlichen Ladung sind außer der Tagesordnung etwaige Vorlagen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten für eine vollumfängliche Meinungsbildung sowie rechtlich notwendige Erläuterungen und die Sitzungsniederschrift der letzten Sitzung beizufügen. Vorlagen können in begründeten Ausnahmefällen auch bis 3 Tage vor Sitzungstermin schriftlich nachgereicht werden. Die Bereitstellung aller Sitzungsunterlagen im Ratsinformationssystem erfolgt spätestens am 9.Tag vor der Sitzung in einem einheitlichen Schema.

(3) In besonders dringenden Fällen kann die Ladungsfrist, unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes und Begründung der Eilbedürftigkeit, auf drei volle Tage vor dem Sitzungstag abge-



kürzt werden. Die Dringlichkeit kann angenommen werden, wenn eine Entscheidung nach § 58 BbgKVerf zur Abwehr einer Gefahr oder eines erheblichen Nachteils getroffen werden muss. In Zweifelsfällen liegt dies in der Entscheidung des Vorsitzenden der Gemeindevertretung

Es sollte ein Absatz 4 neu eingefügt werden, solange es kein ordentliches verknüpfbares Ratsinformationssystem gibt:

Zu Beschluss- bzw. Beratungsgegenständen sind vorherige Unterlagen und Protokolle (auch aus anderen Gremien) zum gleichen Thema in Kopie anzuhängen.

Begründung: dies ist für eine vollumfängliche Meinungsbildung und Abwägungsprozesse von besonderer Bedeutung.

§ 5 hat so nichts in der Geschäftsordnung zu suchen
Kommunalverfassung § 13 Beteiligung und Unterrichtung der Einwohner

Die Gemeinde beteiligt und unterrichtet die betroffenen Einwohner in wichtigen Gemeindeangelegenheiten. Zu diesen Zwecken sollen Einwohnerfragestunden, Einwohnerversammlungen, Einwohnerbefragungen oder andere Formen kommunaler Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden.

Die Formen der Einwohnerbeteiligung regelt die Hauptsatzung, Einzelheiten können auch in einer gesonderten Satzung geregelt werden.

Dazu haben wir eine Einwohnerbeteiligungssatzung, die auf jeden Fall diskutiert werden sollte.

Ideen

- Wortmeldungen Einwohner in Fachausschüssen auch am Ende einer Sitzung bei Bedarf (War mehrfach Bürgerwunsch)
- Schriftliche eingereichte Bürgerfragen zulassen

Die letzte Aussage eine Aufspaltung der Einwohnerfragestunde sei laut Kommunalverfassung nicht möglich, stimmt so nicht!

Das Urteil aus Zossen das aufgeführt wurde würde ich gern selbst lesen und verstehen, bevor wir uns darauf beziehen bzw. auf MAZ Berichte dazu.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmten den Ergänzungen und Streichung zu.

Zu 16. Aktueller Stand Beschattungsanlage und Raumplanung für das Schuljahr 2021/2022 der Schule Sperenberg

Stand Beschattungsanlage:

Eine Veröffentlichung zur Aufforderung und Bekanntmachung zur Abgabe eines Angebotes für Planungsleistungen Betreff Sonnenschutz – Grundschule Sperenberg ist erfolgt. Es wurde **kein Angebot** abgegeben.

Angesprochene Planungsbüros gaben keine Zustimmung aufgrund der fehlenden fach-spezifischen Kenntnis. Es wird weiterhin versucht, ein geeignetes Planungsbüro, welches gewillt ist, zur Erstellung eines Angebotes zu finden.

Die Verwaltung wird sich noch mit anderen Kommunen in Verbindung setzen, welche Firmen sie hatten (z. B. Zossen).

Stand Raumplanung:

Die Raumprogrammempfehlung (Musterflächenprogramm-Entwurf) vom MBS aus dem Jahr August 2019) sieht vor, dass ein naturwissenschaftlicher Raum, ein Fachraum für Musik/Musik für allgemeinbildende Schulen im Land Brandenburg notwendig sind.

Nach Rücksprache mit der Schulleiterin der GS Sperenberg sind die Kapazitäten unter bestimmten Bedingungen ausreichend.

Ab dem Schuljahr 2022/2023 muss der Klassenraum „Spiegelsaal“ als Klassenzimmer genutzt werden. Eine weitere Nutzung der derzeitigen Fachräume für die Fächer Kunst und Musik wäre möglich, wenn organisatorisch diese Räume im Unterricht ausgeplant werden. Dieses würde die Möglichkeit eröffnen in zwei Fachräume weiter Fachunterricht durchzuführen.

Nach den bisherigen Erkenntnissen des Schulamtes sind die Raumkapazitäten für eine Zweizügigkeit ausreichend.

Zu 17. Aktueller Stand Interessenbekundungsverfahren neue Betreiber für die Strandbäder Klausdorf und Mellensee

Frau Richter übergab den anwesenden Mitgliedern des Ausschusses eine Aufstellung ohne die dazugehörigen Konzepte.

Herr Pehnert fasste zusammen:

Es sind 6 Bewerbungen für das Strandbad Klausdorf; 2 Bewerbungen für beide Strandbäder und keine einzelne Bewerbung für das Strandbad Mellensee eingegangen.

Es wird empfohlen auch die beiden direkt „betroffenen“ Ortsbeiräte mit einzubeziehen. Die Ortsbeiräte sollten zu den Bewerbungen Stellung nehmen.

Zu 18. Beratung zur Anfrage auf einen Skateplatz in der Gemeinde Am Mellensee

Dem Ausschuss liegt ein Antrag eines Jugendlichen aus dem Ortsteil Klausdorf zur Errichtung von Sprung- und Fahrelemente für Skateboard und Scooter vor.

Der BSK-Ausschuss gibt diesen Antrag an die Verwaltung hier Bauverwaltung zurück. Es muss geklärt werden, auf welcher Fläche der Gemeinde solche Elemente in welcher Größe errichtet werden könnten. Auch hier wird darauf aufmerksam gemacht, dass geprüft werden muss, ob Fördermittel bereitstehen.

Verweis in die Bauverwaltung + Verweis an Bürgermeister (Fördermittel)

Zu 19. Protokollkontrolle

keine

Zu 20. Sonstiges

Herr Pehnert teilte mit, dass sich schon drei Veranstalter an ihm gewandt haben wegen der Umsetzung der Umgangsverordnung. Er bitte um Klärung der Zuständigkeiten zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Gesundheitsamt des Landkreises, da der Landkreis nur für Ausnahmen zur Verordnung zuständig ist.

Am Mellensee, 14.10.2020



Pehnert
Vors. d. BSK-Ausschusses